

Von Freiheit, Angst und der Stasi...

Das Gespenst der neuen Bewegung gegen Überwachung geht um. In über 40 deutschen Städten versammelten sich im vergangenen Herbst eine Vielzahl von Menschen - in Berlin sogar über 15.000 -, um unter dem Motto "Freiheit statt Angst" gegen staatliche Überwachungsmethoden zu demonstrieren. Im Zuge dieser Veranstaltungen haben mehr als 13.000 KlägerInnen ihre Vollmacht für eine Verfassungsbeschwerde gegen das im November vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung erteilt.

Angesichts der allgemeinen Akzeptanz und dem leichtgläubigen Vertrauen in staatliche Überwachungsmaßnahmen sind diese Veranstaltungen in ihrer Größe mehr als erstaunlich. Eine breites Bündnis gegen die Vorratsdatenspeicherung als Inbegriff des präventiven Sicherheitsstaates ist grundsätzlich sehr unterstützenswert. Umso beachtenswerter ist es allerdings, wie die Kritik in großen Teilen der "Bewegung" formuliert wird. Anstatt die weitreichenden Überwachungsmechanismen und staatliche Kontrolle ganz generell zu hinterfragen, beschränkt man sich bisweilen auf allzu moderate Kommentare. So heißt es in einem Informationsflyer des AK Vorratsdatenspeicherung: "[...] Angemessen und effektiv sind gezielte Ermittlungen gegen verdächtige Personen und Gruppen, nicht aber die willkürliche Überwachung beliebiger Personen, die vollkommen unschuldig und ungefährlich sind [...]." Will heißen: Die "Bösen" kann der Staat ruhig einbuchten, nur uns soll er bitte in Ruhe lassen! Auf die Spitze getrieben wird diese Art der Kritik durch die mittlerweile deutschlandweit bekannten "Stasi 2.0."-Aufkleber mit dem Konterfei von Innenminister Schäuble. Solche Vergleiche sind plakativ und erleichtern die Kampagnen in sogenannten linken Kreisen, sonderlich tiefgründig sind sie nicht.

Wie weit es mit der Kritik an der staatlichen Überwachung her ist, beweist schlussendlich eine der UnterstützerInnen der Demonstrationen: Die Fraktion der "Linken" im Berliner Abgeordnetenhaus hat jüngst einer Änderung des Landespolizeigesetzes zugestimmt, die eine erhebliche Ausweitung der polizeilichen Videoüberwachung vorsieht. (ml)

Neuaufgabe: "Wege durch die Wüste"

Ein Klassiker ist wieder da. Nach sieben Jahren veröffentlicht der Unrast-Verlag unter dem Titel "Wege durch die Wüste" endlich eine Neuaufgabe von "Durch die Wüste", dem "Antirepressionshandbuch für die politische Praxis", das seit 20 Jahren mehrere Generationen (radikaler) Linker bei ihren juristischen und politischen Auseinandersetzungen mit Staat, Justiz und Repression begleitet hat. Die VerfasserInnen plädieren für einen politisch reflektierten und informierten Umgang mit Repression fernab sowohl von Leichtsinn als auch von Paranoia. Dafür stellen sie das nötige juristische und technische Wissen zur Verfügung und unterbreiten ihre politischen Überlegungen und Diskussionen. Die Neuaufgabe schließt die Lücke, die hier durch die politischen, juristischen und technischen Entwicklungen in den

letzten sieben Jahren entstanden ist. Ausreiseverbote, Meldeauflagen und Gefährderanschriften, das Sonderstrafrecht der §§ 129 a und b StGB, technische Überwachungsmethoden, europäischer Haftbefehl und Vorratsdatenspeicherung sind nur einige der Themen, die neu in den Ratgeber aufgenommen wurden. Größter Verdienst der AutorInnen bleibt nach wie vor die allgemeinverständliche und übersichtliche Aufbereitung von "Herrschaftswissen" und die stete Rückkopplung juristischer Probleme an politische Diskussionen. (Hannes Püschel)

AutorInnenkollektiv (Hrsg.): Wege durch die Wüste - Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis, 2. Aufl., UNRAST Verlag 2007, 9,80€.



CILIP 2/07: Internationaler Anti-Terrorismus
Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Kampf gegen den Terrorismus sind Thema der aktuellen Ausgabe von "Bürgerrechte & Polizei/Cilip" mit dem Schwerpunkt "Internationaler Anti-Terrorismus".

Schon im Eingangsartikel bescheinigen Heiner Busch und Norbert Pütter dem "Anti-Terrorismus" den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. "Er bestätigt aufs Neue das Feindbild, das der Terrorismus bekämpfen will. Indem die westlichen Staaten ihre selbsternannten Feinde mit immer neuen Legitimationen versorgen, schaffen sie gleichzeitig das ab, was sie zu verteidigen vorgeben. In dem Wettlauf zwischen Terroristen und Anti-Terroristen steht der Verlierer am Anfang fest: die Menschenrechte."

Diese These wird anschließend durch verschiedene Beiträge unterschiedlicher AutorInnen untermauert. So behandelt Busch die extraordinary renditions, im Rahmen derer die CIA "Terrorverdächtige" in eigene geheime Verhörzentren oder in Folterstaaten unter Mithilfe der Europäischen Geheimdienste entführt. Die enge Zusammenarbeit wird durch eine anschauliche Fallsammlung verdeutlicht.

Insgesamt liefert das Heft einen sachkundigen Einblick in das erschreckende Ausmaß der Verletzungen von Menschenrechten bei der internationalen Terrorismusbekämpfung. Wer tiefer in die Thematik einsteigen will, findet am Ende des Heftes zudem hilfreiche Literaturhinweise. (sk)

Neues "Freischüßler" ist da

Der akj an der Humboldt-Uni in Berlin erfreut alle Interessierten mit einer neuen Ausgabe seiner hauseigenen Zeitschrift. Den Schwerpunkt des Heftes bildet der G 8-Gipfel mit umfassenden Berichten zu den Ereignissen im letzten Jahr und einem Überblick über die weitreichenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit durch das BVerfG. Darüber hinaus thematisiert ein Beitrag den politischen Kontext von anwaltlicher Tätigkeit. Schließlich gibt das Heft, neben anderem, einen Einblick in das Innenleben der juristischen Fakultät der HU in der DDR-Zeit. Sehr lesenswert! Bestellung: www.akj-berlin.de. (ml)